

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

April 2025

hauptstadt magazin

blue planet tv
Berliner Unternehmer
produziert VIP-
Reisereportagen



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Inhalt

Verwaltungsreform	
Fortschritte bei der Reform?	4
Verwaltungsreform darf nicht gebremst werden	5
Tarif	
Erfolglose Verhandlungen	6
rbb-Rundfunkrat	
Frank Becker zum Vorsitzenden gewählt	7
Frauen	
Technologieeinsatz gegen häusliche Gewalt	8
Recht	
Neues Urteil zu Tätowierungen	9
Haftbefehle wegen Auto-Brandstiftungen	9
dbb Lehrgewerkschaften	
phv: Zweite Chance mit Probeunterricht	10
VBE: Neuzumessung gefährdet Inklusion	10
VBE: Berlin für Handyverbot an Schulen	10
Titelthema	
Mit blue planet tv in die Welt	11
Unterhaltung	
Preisrätsel	14
Abenteuerreise durchs Sonnensystem	15
Verschiedenes	
Mehr Körperverletzungen und Rohheitsdelikte	16
Debeka wieder mit Bestnote ausgezeichnet	16

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es wird wohl endlich ernst mit der Verwaltungsreform in Berlin, die die Strukturen vereinfachen und Doppelzuständigkeiten abbauen soll. Nach umfangreichen und mühevollen Vorarbeiten droht jetzt allerdings wieder Sand ins Getriebe zu geraten. Der dbb berlin hat angesichts der Dringlichkeit des immer wieder aufgeschobenen Projekts für Querelen im Senat keinerlei Verständnis.

Eine falsche Gewichtung haben die dbb frauen aufgedeckt, wenn es um Datenschutz oder Schutz von Menschenleben geht. Durch Technologieeinsatz kann das Risiko häuslicher Gewalt doppelt so gut erkannt werden als mit herkömmlichen Verfahren, aber – anders als in anderen Bundesländern – nicht in Berlin. Die dbb Landesfrauenvertretung will das ändern und erreichen, dass das von einem Berliner Start-up entwickelte Tool auch in der Hauptstadt zugelassen wird.

Unser Titelthema haben wir dieses Mal einem kleinen Berliner Unternehmen mit einer ganz besonderen Geschäftsidee gewidmet: Die Firma blue planet tv organisiert, produziert und vermarktet Reise-reportagen aus aller Welt, die von Prominenten aus Funk und Fernsehen moderiert werden.

Ein neues Urteil zur Frage, inwieweit Polizeikräfte tätowiert sein dürfen, hat das Verwaltungsgericht Berlin gefällt. Tätowierungen, insbesondere von Blumen beziehungsweise Pflanzen und persönlichen Daten, seien heutzutage weitverbreitet und stünden einer Beschäftigung bei der Polizei nicht grundsätzlich entgegen.

Als Veranstaltungstipp empfehlen wir eine Abenteuerreise durchs Sonnensystem im Zeiss-Großplanetarium. Zwei Eintrittskarten zu der Veranstaltung sind auch bei unserem Preisrätsel zu gewinnen.

Das nötige Rätselglück und ein frohes Osterfest wünscht

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb berlin.

E-Mail: post@dbb berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstr. 15 a,

40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:**

mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:**

Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:**

marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 22,

gültig ab 1.1.2025. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: blue planet tv

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



Fortschritte bei der Verwaltungsreform?

Mit der längst überfälligen Verwaltungsreform, die die Aufgabenverteilung zwischen Senat und Bezirken in Berlin klar regeln soll, scheint es nach vielen vergeblichen Anläufen jetzt ernst zu werden – allerdings wieder nicht ohne überflüssige und zeitverzögernde politische Schaukämpfe.

Noch am 26. Februar 2025 hatte dpa gemeldet, dass Einigkeit über die für das Gesetzespaket notwendigen Verfassungsänderungen erzielt worden sei.

Auch die Staatssekretärin für Verwaltungsmodernisierung, Martina Klement, war nach dem Bericht der Nachrichtenagentur davon ausgegangen, dass ein Spitzentreffen zur Reform am 28. Februar zwischen Senat, Bezirken und Fraktionen endgültig grünes Licht geben würde.

Konkret soll in der Landesverfassung klarer verankert werden, wann der Senat in bezirkliche Angelegenheiten eingreifen darf. Umgekehrt muss der Senat die Bezirke frühzeitiger und verbindlicher in seine Planungen einbeziehen.

Außerdem ist eine Verfassungsänderung notwendig, weil alle Aufgaben der Berliner Verwaltung in einem einheitlichen Katalog dargestellt werden sollen, der gegenwärtig bereits rund 4.500 Punkte umfasst. Schließlich soll in der Verfassung das sogenannte Konnexitätsprinzip verankert werden: Das heißt, der Senat muss für Aufgaben, die die Bezirke erfüllen müssen, die nötigen Mittel zur Verfügung stellen.

Das im Dezember von dem Senat auf den Weg gebrachte Gesetzespaket mit einem Landesorganisationsgesetz sollte nach Angaben Klements nochmals mit den Bezirksbürgermeistern und den Senatsverwaltungen abgestimmt werden, um voraussichtlich

am 1. April endgültig vom Senat beschlossen und an das Abgeordnetenhaus weitergeleitet zu werden. Dort hätte dann die erste Lesung noch vor Ostern und eine weitere noch möglichst vor der Sommerpause stattfinden können, damit die dringende Reform zum 1. Januar 2026 in Kraft treten könnte.

Dieser Zeitplan ist jetzt akut gefährdet, weil die SPD nach Angaben des Tagesspiegels in zwei Fragen ihr Veto eingelegt hat. Damit ist völlig unklar, ob der geplante endgültige Senatsbeschluss noch am 1. April stattfinden und am 10. April die erste Lesung im Abgeordnetenhaus stattfinden kann. Wenn das aber nicht gelingt, könnte eine langwierige Verzögerung drohen, weil viele Plenartage wegen der Ferien- und Feiertage ausfallen.

An einer Verwaltungsreform haben sich in den vergangenen Jahrzehnten schon etliche Berliner Senate versucht, scheiterten am Ende aber an zu vielen Widerständen.

Der amtierende Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) hatte das Vorhaben nach Amtsantritt 2023 zur Chefsache erklärt. Neben den Bezirken und den Koalitionsfraktionen hat er auch Grüne und Linke in den Vorbereitungsprozess für die Reform eng eingebunden. Mindestens eine der beiden Oppositionsfraktionen braucht die Koalition aus CDU und SPD für die angestrebten Verfassungsänderungen, weil dazu eine Zweidrittelmehrheit im Abgeordnetenhaus nötig ist. ■

dbb berlin: Verwaltungsreform darf nicht gebremst werden!

Der dbb berlin begrüßt die Bemühungen um eine Verwaltungsreform in Berlin, die Strukturen vereinfachen und Doppelzuständigkeiten abbauen soll. Er betont in diesem Zusammenhang nochmals ausdrücklich die Dringlichkeit des längst überfälligen Projekts und warnt vor weiteren Verzögerungen.

„Wir sind schon erstaunt, dass eins der zentralen Themen der schwarz-roten Koalition, nämlich eine umfassende Verwaltungsreform, jetzt offensichtlich durch die SPD gebremst worden ist. Hierfür haben wir kein Verständnis“, kritisiert dbb Landeschef Frank Becker das Veto der SPD gegen die zuvor mühselig ausgehandelten notwendigen Verfassungsänderungen.

Nach Angaben des Tagesspiegels richten sich die SPD-Vorbehalte gegen Pläne, wonach eine sogenannte Einigungsstelle bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Senat und Bezirken über Zuständigkeiten zwischen Haupt- und Bezirksverwaltungen und auch Finanzierungsfragen das letzte Wort haben soll.

Ein weiterer Streitpunkt ist die geplante Regelung zur Finanzierung der Bezirke, wenn diesen zusätzliche Aufgaben übertragen werden. Mehr Landesmittel dürften nur bei der Übertragung neuer Landesaufgaben fließen und nicht etwa für neue auf Bundes- oder Europaebene beschlossene Aufgaben der Bezirke, lautet hier die Kritik.

Zeitplan gefährdet

„Nach dem Veto muss bezweifelt werden, dass das Reformvorhaben einschließlich der vorgeschlagenen Verfassungsänderungen bereits in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 10. April 2025 in erster Lesung behandelt werden kann. Wir erwarten, dass der Regierende Bürgermeister die SPD so schnell wie möglich wieder ins Boot bekommt“, so Becker unter Hinweis darauf, dass die verfassungspolitischen Fragen im Abgeordnetenhaus entschieden werden und keine Verzögerung auf Senatsebene rechtfertigen. „Der demografische Wandel und das altersbedingte Ausscheiden von Zehntausenden von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den nächsten Jahren erlauben keine Fortsetzung des leidigen Behörden-



pingpongs mehr. Schon jetzt können die freien Stellen nicht mehr nachbesetzt werden und es gilt, so schnell wie möglich eine zukunftsfähige Verwaltung sicherzustellen.“

Bereits der 24. Gewerkschaftstag des dbb berlin hatte in einer entsprechenden Entschließung eine Verwaltungsreform unter aktiver Mitwirkung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen, nachgeordneten Einrichtungen, Betrieben sowie der Spitzenverbände des öffentlichen Dienstes gefordert.

Auch von dem jetzt von der neuen Regierungskoalition angegangenen Prozess erwartete der dbb berlin personalpolitisch Fortschritte.

Unverzichtbare Schwerpunkte

Zu den unverzichtbaren Reformschwerpunkten zählt der dbb berlin ein modernes Personalmanagement, das auf gezielte Personalgewinnung ausgerichtet ist und die Attraktivität der Arbeit für Berlin deutlich steigert. Das heißt, es muss endlich eine angemessene verfassungsgemäße Bezahlung sichergestellt und das Angebot für mobiles Arbeiten überall dort, wo die dienstlichen Belange es erlauben, ausgebaut werden. Auch die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist mit präventiven Maßnahmen zu fördern, nach langen Erkrankungen muss zudem ein nachhaltiges Eingliederungsmanagement greifen.

Weitere dbb Forderungen zielen auf den Ausbau der Aus- und Fortbildung für die Beschäftigten und die Förderung und den Ausbau der IT-Struktur der Landesverwaltung ab.

Berlin hat nach Feststellung des dbb berlin technisch noch viel aufzuholen. In diesem Kontext sind Anreize für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen, um die besten Köpfe für IT-Aufgaben zu gewinnen. ■



© gkl berlin



© Friedhelm Windmüller

In Potsdam vor Ort:
Torsten Jaehne
(links) und
Frank Becker

Erfolgreiche Tarifverhandlungen in Potsdam ...

Die Tarifverhandlungen zum TVöD (Bund und Kommunen) gehen in die Schlichtung, nachdem sich die Arbeitgeber auch in der dritten Verhandlungsrunde Mitte März in Potsdam nicht kompromissbereit gezeigt haben. Enttäuscht zeigten sich dbb Landeschef Frank Becker und der Vorsitzende der dbb Landestarifkommission, Torsten Jaehne, die beide vor Ort waren, über das negative Ergebnis. „Die Arbeitgeber haben wenig bis gar nichts angeboten“, so Frank Becker wörtlich.

... und neue Warnstreiks bei der BVG

Auch in der Einkommensrunde TV-Nahverkehr 2025 war bei Redaktionsschluss noch kein Ergebnis in Sicht.

Die Forderungen von dbb beziehungsweise gkl berlin und das Angebot der Arbeitgeber lagen noch so weit auseinander, dass der dbb alle Mitglieder von NahVG und gkl berlin im Berliner Nahverkehr, die bei der BVG, AÖR oder der BT GmbH beschäftigt sind, bei Redaktionsschluss erneut zu einem Warnstreik am 19. und 20. März 2025 in der Zeit von Schichtbeginn (3 Uhr) bis Schichtende (2.59 Uhr) aufgerufen hat.

Der dbb beziehungsweise die gkl berlin fordern:

- Erhöhung der Tabellenentgelte ab dem 1. Januar 2025 um einen Pauschalbetrag von 600 Euro,

- Übertragung der Hauptstadtzulage in Höhe von 150 Euro auf alle Beschäftigten im Geltungsbereich des TV-N Berlin ab 1. Januar 2025,
- Erhöhung der Tabellenentgelte um 8 Prozent ab 1. Januar 2026,
- Erhöhung der Weihnachtsgeldzahlung auf ein volles 13. Monatsgehalt, optional umwandelbar in Zeitgutschrift auf dem Langzeitkonto nach § 10 Abs. 7 TV-N Berlin,
- Umwandlung der Fahrdienstzulage von einem Festbetrag in einen Prozentwert in Höhe von 8 Prozent des individuellen Tabellenentgelts,
- Ausweitung der zuschlagspflichtigen Arbeit auf den ganzen Samstag,
- Laufzeit 24 Monate.

Frank Becker zum Vorsitzenden des rbb-Rundfunkrats gewählt

Der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, ist am 12. März 2025 bei der konstituierenden Sitzung des rbb-Rundfunkrats einstimmig zum Vorsitzenden gewählt worden.

In einem ersten Statement nach seiner Wahl sprach Becker von einem „erheblichen Veränderungsdruck“ bei den Öffentlich-Rechtlichen.

Wörtlich führte er dazu aus: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk insgesamt und der rbb im Besonderen stehen unter erheblichem Veränderungsdruck. Nur gemeinsam mit der Geschäftsleitung und der Belegschaft wird es uns gelingen, die vor uns liegenden Aufgaben zu meistern. Ich bin zuversichtlich, dass wir den Sender in eine gute Zukunft führen. Berlin und Brandenburg brauchen eine kraftvolle und lebendige öffentlich-rechtliche Landesrundfunkanstalt.“

Insgesamt zählt der Rundfunkrat 31 Mitglieder. In einer vierjährigen Amtszeit vertreten sie das öffentliche Leben und damit die Bürgerinnen und Bürger Berlins und Brandenburgs. Auch Frank Becker vertritt im rbb sowohl die Interessen des dbb berlin als auch die des dbb brandenburg.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Rundfunkrats gehört die Wahl der Intendantin beziehungsweise des Intendanten. Außerdem berät das Aufsichtsgremium in allgemeinen Programmangelegenheiten und überwacht die Einhaltung der Programmgrundsätze.

Als stellvertretende Vorsitzende steht Elisabeth Herzog-von der Heide zur Seite, die von den kommunalen Spitzenverbänden Brandenburg entsandt ist. Vorsitz und Stellvertretung im rbb-Rundfunkrat werden jeweils für zwei Jahre gewählt. ■



dbb frauen fordern Technologieeinsatz gegen häusliche Gewalt

Mit der Frage, inwieweit häusliche Gewalt durch Technologieeinsatz verhindert werden kann, haben sich die dbb frauen am 10. März 2025 auf Einladung der dbb landesfrauenvertretung berlin und der dbb bundesfrauenvertretung auseinandergesetzt.



Berlin verhindert Nutzung

Obwohl das von dem Berliner Start-up Frontline entwickelte Tool damit den Schutz gefährdeter Frauen praktisch verdoppelt und deshalb auch in mehreren Bundesländern bereits erfolgreich eingesetzt wird, verhindert ausgerechnet das Land Berlin wegen Datenschutzbedenken seine flächendeckende Nutzung.

In einer Diskussionsrunde mit der Expertin für Kriminologie und Prävention, Prof. Dr. Christine Bartsch, der Entwicklerin von Lizzy und Mitbegründerin von Frontline, Ba Linh Le, sowie der DPoIG-Bundesfrauenbe-

auftragten und Beisitzerin in der dbb frauenvertretung berlin, Angelique Yumusak, stieß die Haltung des Berliner Senats weitgehend auf Unverständnis. Lizzy könne ein wertvolles Instrument für Polizei und Beratungsstellen sein, um präzisere Gefährdungsanalysen durchzuführen und frühzeitig Schutzmaßnahmen einzuleiten. Der Schutz von Menschenleben müsse schwerer wiegen als der Schutz von Daten, waren sich die Diskutantinnen einig. Andere Bundesländer hätten Wege gefunden, Lizzy datenschutzkonform einzusetzen, betonte die Berliner Vertreterin Angelique Yumusak.

Bildmitte: Ba Linh Le, die Entwicklerin des KI-Tools „Lizzy“

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Präsentation und die Diskussion über das KI-gestützte Tool Lizzy, das das Risiko häuslicher Gewalt fast doppelt so gut einschätzen kann wie herkömmliche Verfahren.

Während Lizzy dank moderner Algorithmen und umfangreicher Datensätze eine Genauigkeit von bis zu 80 Prozent erreichen kann, weisen die üblichen Prognosen lediglich eine Trefferquote von gerade einmal circa 44 Prozent auf.

Angelique Yumusak (links) und Silke Jonas



© Marie-Florence Mahwera

Silke Jonas kündigt Maßnahmen an

Um die Einführung des Tools, das keine personenbezogenen Daten speichert und Frauenhäusern und Beratungsstellen kostenlos zur Verfügung gestellt wird, auch in Berlin voranzutreiben, wolle die Landesfrauenvertretung Berlin das Thema jetzt über den Landesfrauenrat ins Berliner Abgeordnetenhaus einbringen, erklärte die Vorsitzende des Gremiums, Silke Jonas.

„Auch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit ist notwendig, um das Thema ins Bewusstsein zu rücken“, betonte Jonas, „außerdem könnte durch Pilotprojekte im öffentlichen Dienst die Wirksamkeit von Lizzy überprüft werden. Schließlich bietet sich der Austausch mit den Bundesländern an, die bereits erfolgreiche Datenschutzlösungen anwenden.“

Polizei

Neues Urteil zu Tätowierungen

Inhaltlich unbedenkliche Tätowierungen auf beiden Handrücken stehen einer Zulassung zum Vorbereitungsdienst der Polizei nicht im Wege. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin am 27. Februar 2025 in einem Eilverfahren entschieden (VG 26 L 288/24).

Dem Beschluss zugrunde lag ein Eilantrag, in dem die Antragstellerin die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst bei der Berliner Kriminalpolizei begehrte. Wegen breitflächiger Tattoos auf beiden Handrücken hatte die Berliner Polizei ihre Bewerbung zuvor abgelehnt.

Weil die Motive der Tätowierungen der Antragstellerin ihre amtliche Funktion nicht in den Hintergrund drängen – es handelt sich um Rosenblüten mit den Namen ihrer Kinder – hat die 26. Kammer des Verwaltungsgerichts dem Eilantrag teilweise stattgegeben. Die klare Erkennbarkeit der Motive und deren unkritischer Inhalt böten Bürgerinnen und Bürgern keinen Anlass, über die persönlichen Überzeugungen der Antragstellerin als Privat-

person zu spekulieren. Die Richter verpflichteten das Land Berlin, unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts erneut über die Bewerbung der Antragstellerin zu entscheiden.

Auch sei zweifelhaft, dass die Tattoos, die große Teile der Handrücken bedecken, über das übliche Maß hinausgingen und deshalb ein Einstellungshindernis darstellten. Derartige Tätowierungen, insbesondere von Blumen beziehungsweise Pflanzen und persönlichen Daten, seien heutzutage weitverbreitet.

Gegen den Beschluss kann Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingelegt werden. ■

Haftbefehle wegen Auto-Brandstiftungen vor der JVA Heidering

Ein Ermittlungsrichter am Amtsgericht Tiergarten hat Ende März zwei sogenannte Überhaftbefehle wegen des Verdachts auf Beteiligung an Autobränden vor der Justizvollzugsanstalt Heidering erlassen.

Betroffen sind zwei Männer im Alter von 22 und 27 Jahren, die sich derzeit bereits in Haft befinden. Auf Weisung des damals in der Justizvollzugsanstalt Heidering inhaftierten 27-Jährigen soll der 22-Jährige gemeinsam mit einem weiteren Beschuldigten am Abend des 23. April 2024, gegen 22.18 Uhr, insgesamt neun auf dem Mitarbeiterparkplatz der Justizvollzugsanstalt geparkte Fahrzeuge in Brand gesetzt haben, die dadurch teilweise erheblich beschädigt wurden.

Bereits am 3. März 2025 war wegen dieses Tatvorwurfs der Haftraum des 22-Jährigen in der

Justizvollzugsanstalt Moabit durchsucht worden. Dabei konnte ein Mobiltelefon gesichert werden, das nun ausgewertet wird. Der 27-Jährige verbüßt derzeit eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten wegen Betäubungsmittelhandels, während sich der 22-Jährige wegen des Verdachts des bandenmäßigen Handels mit Betäubungsmitteln und Cannabis in nicht geringer Menge in Untersuchungshaft befindet. Beide gelten als Angehörige einer in Berlin ansässigen und polizeibekanntem Großfamilie. ■

phv

Probeunterricht bietet zweite Chance

Der Philologenverband Berlin/Brandenburg kann die Aufregung über den Probeunterricht für Schülerinnen und Schüler nicht nachvollziehen.

Der Probeunterricht stelle eine zweite Chance für die Schülerinnen und Schüler, die die Empfehlung für das Gymnasium nicht erhalten haben, dar.

Es gehe also nur um einen kleinen Teil der Schülerinnen und Schüler, die eine Förderprognose mit einem Wert von mehr als 2,2 haben und trotzdem das Gymnasium besuchen möchten. Trotz fehlender Empfehlung der Grundschule sei Probeunterricht eine Möglichkeit, die Eignung für den Besuch des Gymnasiums doch noch nachweisen zu können.

Das Prüfungsverfahren, so der phv, sei unter anderem unter Beteiligung von Lehrkräften aus Grundschulen und Gymnasien sorgfältig vorbereitet worden. Die geringe Anzahl der bestandenen Prüfungen spreche für die Qualität der Bewertungen der Grundschulen, die grundsätzlich allen geeigneten Schülerinnen und Schülern den Übergang auf das Gymnasium ermöglichen.

Allen Schülerinnen und Schülern stehe in Berlin außerdem grundsätzlich der Bildungsgang bis zum Abitur an den Integrierten Sekundarschulen nach insgesamt 13 Schuljahren offen. ■

VBE

Neuzumessung gefährdet Inklusion

Der VBE Berlin hat sich der Stellungnahme des Fachbeirats für Inklusion zu den Plänen von Bildungsministerin Katharina Günther-Wünsch vollständig angeschlossen. Die Neuzumessung der Förderstunden gefährde die Inklusion in besonderem Maße und die berlinweite Nachsteuerungsreserve werde kaum ausreichen, um die drei Prozent Einsparungen bei den Lehrkräftestellen auszugleichen.

Auch verlieren die Beratungsstellen für Inklusion (SIBUZ) ebenfalls Stellen. Das bedeute mehr Arbeit für weniger Mitarbeiter. Da es nur noch sehr wenige sonderpädagogische Förderzentren in Berlin

gäbe und die Inklusion den Einsparungen zum Opfer falle, sei mit erheblichen Problemen für das neue Schuljahr 2025/26 zu rechnen. ■

VBE Berlin für Handyverbot an Schulen

Der VBE Berlin unterstützt Bestrebungen für ein generelles Handyverbot an Berlins Schulen. Dazu der Landesvorsitzende Hanno Rüter: „Es steht außer Frage, dass Handys die Konzentration beeinträchti-

gen; sie haben daher im Kontext von Bildung und Unterricht keine sinnvolle Funktion. Hinzu kommt, dass Cybermobbing durch diese Geräte erleichtert wird. Eine Schule ohne Handy ist eine bessere Schule.“ ■

Mit blue planet tv in die Welt

© blue planet tv (5)

Auf dem Berliner Hohenzollerndamm hat ein kleines, aber feines Unternehmen seinen Sitz, das Fernsehzuschauer mit seinen Reisereportagen in alle Welt entführt. Nicht nur das: Prominente aus Funk und Fernsehen gehen mit auf Reisen und stellen persönlich die Vorzüge der jeweiligen Destination vor, ohne dass der Zuschauer in irgendeiner Form durch Werbung beeinflusst oder abgelenkt wird.

Über 100 dieser VIP-Reisen, die nicht nur zu so exotischen Orten wie den Britischen Jungferninseln, La Réunion und auf den Mekong, sondern auch zu näher gelegenen beliebten Ferienzeilen wie Südtirol, Algarve, Teneriffa oder ins Trentino geführt haben, wurden von blue planet tv bereits produziert. Über Australien und über Hongkong sind sogar ganze Serien gedreht worden.

Zu den prominenten Reiseführerinnen und Reiseführern zählten unter anderem – oft bereits mehrfach – TV-Kommissar Richy Müller, Sternekoch Johann Lafer, Moderatorin Nina Ruge, Schauspielerin Eva Habermann wie auch ihre Schauspielerkollegen Rainer Hunold und Michael Roll.

Die meisten der Promis würden gern auch an weiteren Produktionen mitwirken, obwohl sie dafür kein Honorar erhalten, wohl aber eine kostenlose und in der Regel spannende Reise.

„Bei unseren Promis mangelt es nicht an Reiselust“, bestätigt Wieland Scharf, der Chef von blue planet tv, auch im Gespräch mit dem hauptstadt magazin, „eher schwierig gestaltet sich dagegen die Terminabstimmung“.

Besondere Finanzierung

Überhaupt stellen sich Organisation und Finanzierung der Reisereportagen, die mittlerweile über eine Vielzahl von Sendern ausgestrahlt werden und auch auf Internetplattformen abrufbar sind, als Wissenschaft für sich dar.

Hier zahlen nämlich nicht etwa die Sender wie bei anderen Fernsehproduktionen, sondern die Sender stellen ausschließlich Sendeplätze zur Verfügung. Auftraggeber und Rechnungsempfänger für die fertiggestellten Reportagen sind die vorgestellten Regionen, die auf diese Weise ihren Bekanntheits-



Ziplining-Team
mit Michael Roll
(Bildmitte)

grad erhöhen beziehungsweise den Tourismus an-
kurbeln. Dementsprechend bestimmen auch sie im
Wesentlichen die Inhalte der in der Regel 25-minüti-
gen Filme. „Wenn allerdings gleich sechs Museen in
der kurzen Zeit präsentiert werden sollen, melden
wir natürlich Bedenken an“, verweist Scharf auf die
unterstützende Funktion von blue planet tv. „Grund-
sätzlich gehen wir aber bestmöglich auf die Wün-
sche unserer Auftraggeber ein. Soll beispielsweise
die landestypische Küche einen Schwerpunkt bilden,
bemühen wir uns um einen Fernsehkoch, sind es
Freizeit und Fitness, wird nach einem entsprechend
sportlichen Promi Ausschau gehalten.“

Full Service bis zur Veröffentlichung

Zum Full Service von blue planet tv zählen über die
konzeptionelle Beratung hinaus die Dreharbeiten,
die gesamte Fertigstellung des Films sowie die
Vermarktung an mittlerweile 13 TV-Sender und
acht Streamingplattformen, darunter auch Amazon
Prime. Dagegen werden die notwendigen Voraus-
setzungen für die Drehs sinnvollerweise vor Ort von
den Auftraggebern erfüllt. Das gilt beispielsweise für
Transporte, Übernachtungen oder auch Drehgeneh-
migungen.

Wichtige Vernetzung

Es versteht sich von selbst, dass blue planet tv, um
interessante Aufträge generieren und die Filme mit
den Promis realisieren zu können, über ein sehr weit-
reichendes Netzwerk verfügen muss. Da sind enge
Kontakte zu PR-Agenturen aus aller Herren Länder
unabdingbar, auch dann, wenn politische Umstände
bisweilen stören. So ist die geplante vierte Israel-
reportage bisher dem Nahostkonflikt zum Opfer
gefallen, und der Kontakt nach Russland ist kriegs-
bedingt ganz abgerissen.

Die Verbindungen mit den Agenturen der Länder wie
auch die Kontakte zu TV-Sendern, Fremdenverkehrsäm-
tern und Airlines pflegt in erster Linie der Chef selbst.

Die weiteren Aufgaben wie Abstimmung von Film-
konzepten und Zeitplänen, die Drehs vor Ort und die
Filmproduktion schultert das Unternehmen mit nur
vier hauptamtlichen Mitarbeitern und einigen Frei-
beruflern, die im Bedarfsfall als Kameraleute, Syn-
chronsprecher, Tontechniker oder auch Autoren zur
Verfügung stehen. Entweder Wieland Scharf oder
seine Geschäftsführerin Kerstin Kunze begleiten
auch die Arbeiten vor Ort als Produktionsleiter.



Teamfoto mit Wieland Scharf (rechts) und Geschäftsführerin Kerstin Kunze (3. von
rechts) und Michael Roll (Bildmitte) bei der aktuellsten Produktion in Costa Rica

Ursprung der VIP-Reisen

Die Idee für das Format der VIP-Reisen
hatte Wieland Scharf übrigens schon
vor fast 30 Jahren. Auch das entspre-
chende Konzept wurde von ihm, da-
mals noch als Mitarbeiter der Reise-
redaktion von ntv entwickelt und
auch in einer entsprechenden Serie
umgesetzt. Allerdings änderten sich
die Voraussetzungen schlagartig, als
der Sender 2004 von Berlin nach Köln
umgezogen ist und sich von 180 Mit-
arbeiterinnen und Mitarbeitern – un-
ter anderem auch seiner kompletten
Reiseredaktion – getrennt hat.



Gründung von blue planet tv

Wieland Scharf, der bei dem Sender wichtige Erfahrungen mit der Vorbereitung und Realisierung von Promi-Reiseberichten gesammelt hatte, entschloss sich, selbstständig an dem Projekt weiterzuarbeiten und gründete Anfang 2005 die blue planet tv production GmbH. Erleichtert wurde dieser Schritt ins Ungewisse dadurch, dass bewährte Mitarbeiter der ehemaligen ntv-Reiseredaktion bei blue planet tv fast nahtlos wieder eine interessante Arbeit gefunden haben. Außerdem hatte Scharf sich bei seinem unfreiwilligen Ausscheiden bei ntv anstelle einer Abfindung sehr vorausschauend Sendezeiten für seine Produktionen sichern können.

Angebotspalette erweitert

Mittlerweile ist die Zusammenarbeit zwar beendet, aber blue planet tv ist auch sehr viel breiter aufgestellt als in seinen Anfängen und nicht mehr auf den Nachrichtensender angewiesen. Angeboten werden mittlerweile neben klassischen Reisesendungen auch Reportagen und Dokumentationen, Imagefilme und Werbespots. Zum Kerngeschäft zählen aber nach wie vor die Reisereportagen mit Prominenten. Die aktuellste Produktion ist der mittlerweile dritte Beitrag über Costa Rica, präsentiert von Schauspieler Michael Roll. Das mittelamerikanische Land zwischen Pazifik und Karibik zeichnet sich insbesondere



durch seine reiche Natur- und Artenvielfalt aus. Die zweiteilige Reportage von insgesamt 45 Minuten befindet sich gerade im Sendestart bei elf nationalen und regionalen Sendern.

Umfangreiche Mediathek

Wer Lust auf den einen oder anderen VIP-Trip bekommen hat oder auch die neuesten Costa-Rica-Filme anschauen will, dem sei dringend ein Besuch der umfangreichen Mediathek von tv-mittelrhein empfohlen:

https://www.tv-mittelrhein.de/sendungen/68/VIP_Trip_Die_Reise_Reportage_von_TV_Mittelrhein ■

Luft einziehen und ausstoßen	↓	Monatsname	↓	Wasservogel	<p>Unsere Gewinnerin</p> <p>Meike Windeler, 13403 Berlin, kann sich mit einer Begleitperson in der Taverna Sirtaki mit nordgriechischen Spezialitäten verwöhnen lassen.</p> <p>Herzlichen Glückwunsch!</p> <p>Das Lösungswort war „Festessen“.</p>					Internet, WWW (Kurzwort)	↓	Nachbarstaat des Iran	↓	Weltorganisation (Abk.)				
großer Behälter für Flüssigkeiten	→																	Aktion, Handlung
Tapferkeit	→																	1
Ringel-, Saugwurm	→																	Zeitmesser
	→			Riesenschlange	ver-spotten, necken	↓	kräftig, gedrun-gen	↓	öhlhaltige Nutzpflanze	↓	an-nähernd, ungefähr	↓	vordringlich		9			
Kuhantilope		holländischer Käse		Wohnraum, Stube			Zugmaschine, Trecker						Hafenstadt in Marokko		Zahl, Ziffer			
	→				die erste Frau (A. T.)			weibliches Pferd		saftige Kernfrucht		Nähmaterial						
Überstürzung, Eile		eine Europäerin				6	zum Verzehr geeignet						Klettertrieb einer Pflanze		blassroter Farbton			
	→			englisches Bier	weiches Gewebe				kleines hirschartiges Waldtier		Warnung bei Gefahr							
Sahne		Insektenlarve					Missfallen äußern, motzen						Gotteshaus, große Kirche					
	→				verantwortlich führen							schwierige Zeit			8			
Böses, Unangenehmes		sauber, unbeschmutzt					eingezäuntes Gebiet für Wild						seltene, knapp					

PREISRÄTSEL

Eine virtuelle Reise ins All ...

... ist bei unserem aktuellen Preisrätsel zu gewinnen.

Zwei Gewinnerinnen oder Gewinner können im Zeiss-Großplanetarium zu den Planeten des Sonnensystems durchstarten und Mutter Erde aus neuer Perspektive betrachten.

Raten Sie mit und schicken Sie das richtige Lösungswort bis zum 15. April an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030.327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© Natalie Toczek

Neu im Zeiss-Großplanetarium

Die große Abenteuerreise durchs Sonnensystem

Am 6. März war es so weit: Im Zeiss-Großplanetarium wurde die Deutschlandpremiere einer spektakulären Mission durch Raum und Zeit gefeiert.

In dem neuen Programm nimmt der charismatische Entertainer Schiaparelli die Besucher auf eine Abenteuerreise durch Raum und Zeit mit! In seinem wunderschönen Observatorium geht es von der glühend heißen Oberfläche des Merkur bis hin zu den eisigen Weiten des Pluto.

Wunder, aber auch Gefahren unseres Sonnensystems werden hautnah erlebt. Vor allem wächst die Erkenntnis, wie kostbar unser Heimatplanet Erde tatsächlich ist.

Jeder ab acht Jahren kann die aufregende Tour zu den gefährlichsten Orten des Sonnensystems mitmachen, vorausgesetzt er oder sie bringt etwas Mut und auch keine Angst vor echten Flugkünsten mit.

Der Besuch im All dauert 50 Minuten und enthält einen Liveteil.

Weitere Infos:

<https://www.planetarium.berlin/veranstaltungen/abenteuerreise-durchs-sonnensystem> ■





Mehr Körperverletzungen und Rohheitsdelikte

Im Jahr 2024 haben Körperverletzungen und weitere Rohheitsdelikte, insbesondere im öffentlichen Raum, in Berlin weiter zugenommen.

Insgesamt wurden 50.638 Körperverletzungen erfasst. Das bedeutet eine Zunahme von 2.384 Fällen gegenüber dem Vorjahr und von knapp 7.000 Fällen gegenüber dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 43.895. Nahezu identisch verhält es sich bei den Zahlen der Rohheitsdelikte im öffentlichen Raum, beispielsweise auf Straßen, Wegen und Plätzen. Um äußerst bedenkliche 10,2 Prozent auf 10.584 angelegten sind die tätlichen Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten im Dienst. Knapp 2.000 von ihnen wurden im Zusammenhang mit Versammlungen verletzt. Erneut gestiegen ist zudem die Zahl der Opfer von Gewalt in Partnerschaft und Familie. Sie hat mit 19.213 Fällen im Jahr 2024 den höchsten Wert der letzten zehn Jahre erreicht. Von den Betroffenen waren 71 Prozent weiblich. Auch das Aufkommen von politisch motivierten und antisemitischen Straftaten hat deutlich zugenommen, während die queerfeindliche Kriminalität leicht zurückgegangen ist.

Insgesamt weist die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 539.049 Straftaten aus, von denen 45,5 Prozent aufgeklärt werden konnten. ■

Debeka wieder mit Bestnote ausgezeichnet

In einem Rating zur Privaten Krankenversicherung wurde die Debeka Krankenversicherung vom Branchendienst map-report erneut für „hervorragende Leistungen“ mit der bestmöglichen Bewertung ausgezeichnet. Mit 85,70 von 100 möglichen Punkten landet das Unternehmen auf dem dritten Platz aller untersuchten Versicherer. Im Bereich Service erreicht die Debeka sogar 29,10 von 30 möglichen Punkten und erreichte damit die Spitzenposition.

Das PKV-Rating des map-reports liefert seit über 20 Jahren eine Analyse und eine umfassende Bewertung der Qualität privater Krankenversicherer anhand von Kennzahlen aus den Bereichen „Bilanz“, „Service“ und „Vertrag“ und damit auch eine wichtige Entscheidungshilfe für Verbraucher bei der Wahl einer Privaten Krankenversicherung.

„Auch das neue Rating des map-reports zeigt, dass es uns gelingt, unsere Mitglieder über Jahrzehnte hinweg auf höchstem Niveau zu bedienen. Wir wissen aber auch, dass wir dabei nicht nachlassen dürfen. Wir arbeiten tagtäglich dafür, uns für unsere Mitglieder weiter zu verbessern“, kommentierte Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der Debeka, das Untersuchungsergebnis. ■